

Große Disparitäten im Auskommen mit dem Einkommen: vergleichende Analysen zum materiellen Lebensstandard in der Europäischen Union

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H., & Weick, S. (2009). Große Disparitäten im Auskommen mit dem Einkommen: vergleichende Analysen zum materiellen Lebensstandard in der Europäischen Union. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 42, 6-10. <https://doi.org/10.15464/isi.42.2009.6-10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Große Disparitäten im Auskommen mit dem Einkommen

Vergleichende Analysen zum materiellen Lebensstandard in der Europäischen Union

Mit der in den Jahren 2004 und 2007 erfolgten Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf zunächst 25 und dann 27 Mitgliedsländer ist die Gemeinschaft in vielerlei Hinsicht heterogener geworden. Stärker noch als die so genannte Süderweiterung in den 1980er Jahren hat vor allem die Erweiterung um die früher staatssozialistischen osteuropäischen Länder auch das Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union massiv vergrößert.¹ Diese Entwicklung stellt die Politik der europäischen Integration vor große Herausforderungen und wirft insbesondere die Frage auf, wie angesichts der gestiegenen Ungleichheit der Lebensverhältnisse die soziale Kohäsion über die Ländergrenzen hinweg gewährleistet und Interessenkonflikte in Grenzen gehalten werden können. Aus deutscher Perspektive stellt sich angesichts der ökonomischen Herausforderungen der zurückliegenden Jahre und einer für beachtliche Bevölkerungsteile weithin stagnierenden Realeinkommensentwicklung zudem die Frage, wo die Deutschen – gemessen an ihrem Lebensstandard – heute im Vergleich zu den übrigen Europäern stehen.

Gestützt auf verschiedene objektive und subjektive Indikatoren untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich der materielle Lebensstandard in Deutschland im Vergleich zu den übrigen Mitgliedsländern der europäischen Union derzeit darstellt. Diese Fragestellung wird aus drei unterschiedlichen Untersuchungsperspektiven beleuchtet:

- Wie unterscheiden sich Niveau und Verteilung der Haushaltseinkommen?
- Wie verbreitet sind finanzielle Probleme und materielle Deprivationen, bzw. gibt es größere Teile der Bevölkerung, die hinter dem üblichen Lebensstandard zurückbleiben?
- Wie werden die tatsächlichen Einkommen subjektiv bewertet und inwieweit werden sie aus der Sicht der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern als auskömmlich betrachtet?

Die dem Beitrag zugrunde liegenden empirischen Analysen stützen sich auf die Mikrodaten der „Community Statistics of Income and Living Conditions“ (EU-SILC) für das Jahr 2006² und umfassen 23 der gegenwärtig 27 EU-Mitgliedsländer.³ Sofern nicht einzelne Länder betrachtet werden, wird für die nachfolgenden Analysen eine Klassifikation verwendet, die neben Deutschland lediglich zwei Ländergruppen ausweist: die EU-15-Länder ohne Deutschland sowie die im Rahmen der Osterweiterung der EU neu hinzugekommenen Mitgliedsländer in Osteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn).

Enorme Einkommensdisparitäten innerhalb der erweiterten Europäischen Union

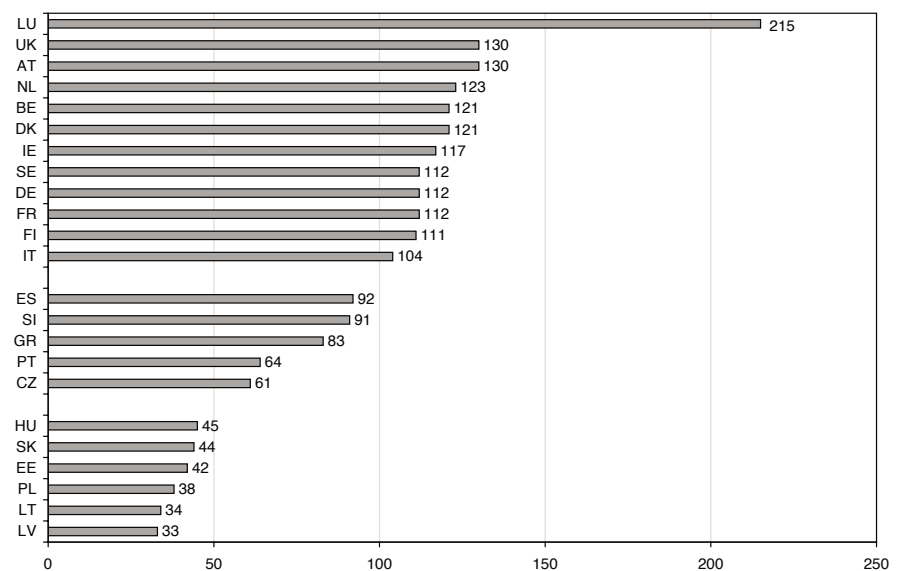
Die finanziellen Ressourcen der Haushalte und damit auch der von ihnen erreichbare und tatsächlich erreichte materielle Lebensstandard werden maßgeblich – wenn auch

nicht ausschließlich - durch ihre regelmäßigen Haushaltsnettoeinkommen determiniert. Legt man der vergleichenden Betrachtung – um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und -strukturen sowie Kaufkraftunterschieden zwischen den Ländern Rechnung zu tragen – in Kaufkraftparitäten (PPS) ausgedrückte Haushaltsäquivalenzeinkommen zugrunde⁴, so zeigen sich innerhalb der erweiterten Europäischen Union enorme Einkommensdisparitäten: In dem reichsten europäischen Land Luxemburg ist das am Median gemessene Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte mehr als sechsmal so hoch wie in Lettland, dem ärmsten der hier berücksichtigten EU-Mitgliedsländer. Aber auch in Österreich und dem Vereinigten Königreich – als den nach Luxemburg einkommensstärksten Ländern – sind die verfügbaren Haushaltseinkommen noch viermal so hoch wie in Lettland.

Betrachtet man relative, auf den Median aller berücksichtigten Länder bezogene, Einkommenspositionen (Grafik 1), so lassen sich innerhalb der Europäischen Union drei durch ihr Einkommensniveau deutlich voneinander abgehobene Ländergruppen unterscheiden: Eine erste Gruppe umfasst zwölf Länder, die sich alle durch ein Einkommensniveau auszeichnen, das über dem EU-23-Median liegt. Außer Italien handelt es sich dabei ausschließlich um EU-15-Länder aus dem nördlichen und westlichen Europa. Deutschland erreicht ein Niveau von 112% des EU-23-Medians und befindet sich damit gleichauf mit Ländern wie Schweden, Frankreich und Finnland, rangiert aber deutlich hinter den bereits genannten einkommensstärksten EU-Ländern. Eine zweite Gruppe umfasst Länder mit einem mittleren Einkommensniveau von 61 bis 92 Prozent des EU-23-Medians. In diese Gruppe fallen neben drei südeuropäischen, die beiden wirtschaftlich erfolgreichsten mittel- bzw. osteuropäischen Länder, die Tschechische Republik und Slowenien. Der dritten Gruppe gehören insgesamt sechs Länder an, die alle ein Einkommensniveau von weniger als 50% des EU-23-Medians aufweisen und bei denen es sich ausnahmslos um osteuropäische Länder handelt. Das Einkommensniveau dieser vergleichsweise armen EU-Länder reicht von Ungarn mit 45% bis Lettland mit 33% des EU-23-Medians. Der bereits deutliche Einkommensrückstand dieser Länder würde bei der Verwendung von Wechselkursen anstelle von Kaufkraftstandards sogar noch akzentuierter ausfallen.

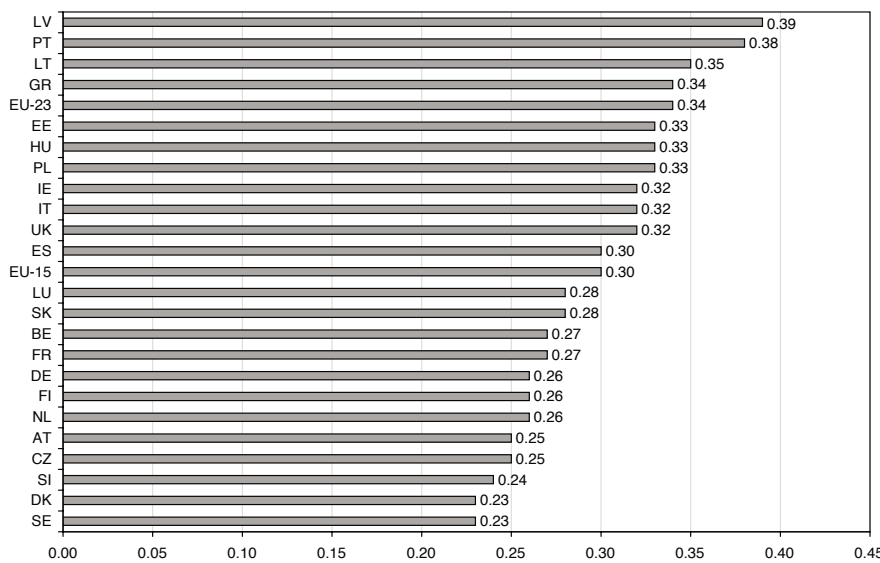
Für eine vergleichende Untersuchung des Lebensstandards ist neben dem durchschnittlichen Einkommensniveau auch die Verteilung der Einkommen von Bedeutung: Verfügen die Haushalte eines Landes überwiegend über ähnlich hohe Einkommen oder gibt es große Einkommensdiskrepanzen zwischen ärmeren und wohlhabenderen Bevölkerungsschichten?

Grafik 1: Niveau der Haushaltsäquivalenzeinkommen – 2006 (in % des EU-23 Medians)



Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Personen in Haushalten)

Grafik 2: Ginindex im europäischen Vergleich – 2006



Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Personen in Haushalten)

Einkommensungleichheit in ost- und südeuropäischen Ländern am größten

Verwendet man den Gini-Index, der zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und 1 (extreme Ungleichverteilung) variieren kann, als ein verbreitetes Maß zur Messung von Einkommensungleichheit, wird deutlich, dass die Europäische Union auch in dieser Hinsicht außerordentlich heterogen ist (Grafik 2). Während die Einkommensungleichheit in Ländern wie Lettland und Portugal mit Gini-Index-Werten von fast 0.40 beinahe das hohe Ungleichheitsniveau der USA erreicht, zeichnen sich Länder wie Schweden und Dänemark, Slowenien, die Tschechische Republik und Österreich mit Gini-Index-Werten von 0.25 oder darunter durch eine bemerkenswert egalitäre Verteilung der Haushaltseinkommen aus. Dabei fällt auf, dass es sich bei den Ländern mit einer hohen Einkommensungleichheit, d.h. einem Gini-Index von 0.30 oder darüber um südeuropäische, postsozialistische Gesellschaften oder um Länder handelt, die dem liberalen Typ des Wohlfahrtsstaates zugerechnet werden. Dagegen finden sich unter den Ländern mit einer vergleichsweise egalitären Einkommensverteilung außer der Tschechischen Republik und Slowenien, ausschließlich skandinavische Gesellschaften oder solche, die – wie z.B. Deutschland – dem konservativen Typ des Wohlfahrtsstaates entsprechen.

Für den Bereich der hier betrachteten EU-23-Länder insgesamt ergibt sich mit 0.34 ein beachtlich hoher Wert, der die großen Einkommensdisparitäten innerhalb der Union verdeutlicht. Im Bereich der EU-15-Länder sind die Einkommen etwas weniger ungleich verteilt (Gini-Index = 0.30) als in den postsozialistischen osteuropäischen Ländern (Gini-Index = 0.33). Dabei wird das Ausmaß der Einkommensungleichheit generell dadurch abgemildert, dass die Berechnung auf der Basis von Äquivalenzeinkommen und Kaufkraftstandards erfolgt.

Um das Wohlstandsgefälle und die Unterschiede im Lebensstandard näher zu beleuchten, wird die zunächst auf die Betrachtung von Ressourcen konzentrierte Untersuchungsperspektive im Folgenden erweitert und der Frage nachgegangen, wie die Deutschen im Vergleich zu anderen Europäern mit ihrem Einkommen auskommen. Neben dem Niveau und der Verteilung der Einkommen hängt das Auskommen und das erreichte Lebensniveau von verschiedenen anderen Faktoren ab, wie z.B. eventuell vorhandenem Vermögen, dem jeweiligen Bedarf verschiedener Haushaltskategorien sowie auch differentiellen Ansprüchen und mehr oder weniger sparsamen Lebensstilen. Wie gut oder schlecht die Haushalte mit ihrem Einkommen auskommen, kann anhand von verschiedenen objektiven und subjektiven Indikatoren gemessen werden, die auf Ergebnisse der Einkommensverwendung bzw. damit einhergehende Probleme und Defizite ausgerichtet sind. Informationen, die dazu in der EU-SILC-Erhebung vorliegen, beziehen sich auf finanzielle Probleme bzw. Zahlungsrückstände der Haushalte, das Unvermögen sich bestimmte Güter und Ausgaben leisten zu können, perzipierte finanzielle Belastungen sowie subjektive Bewertungen und Angaben dazu, wie man mit dem eigenen Einkommen zurechtkommt und wie hoch das Haushaltsein-

kommen mindestens sein müsste, „um gerade noch zurechtkommen“.

Fast jeder zehnte deutsche Haushalt berichtet Zahlungsrückstände in vergangenen 12 Monaten

Das Vorkommen von Zahlungsrückständen ist ein ‚harter‘ und unmissverständlicher Indikator dafür, dass Haushalte erhebliche Schwierigkeiten haben, mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auszukommen. Erhoben wurde das Vorkommen von Rückständen bei der Zahlung von Hypotheken und Mieten, Strom, Gas und Wasser sowie Raten von Konsumentenkrediten.

In Deutschland gaben 2006 7% der Haushalte an, mit derartigen Zahlungen innerhalb der zurückliegenden 12 Monate mindestens einmal in Verzug gewesen zu sein (Tabelle 1), darunter am häufigsten bei der Zahlung von Strom, Gas und Wasser. In den übrigen EU-15-Ländern stellt sich die Situation in der Regel ganz ähnlich dar wie in Deutschland. Dabei fällt allerdings ein Land – Griechenland – mit einem Anteil von 31% der Haushalte, die mindestens einmal Zahlungsrückstände aufgewiesen haben, völlig aus dem üblichen Rahmen. Erheblich höher als in Deutschland und den anderen EU-15-Ländern ist die Prävalenz von Zahlungsrückständen in den osteuropäischen EU-Ländern mit einem durchschnittlichen Anteil von 15% der Haushalte, die innerhalb des zurückliegenden Jahres mindestens einmal mit einer der genannten Zahlungen im Rückstand waren. Wie zu erwarten, nimmt die Häufigkeit von Zahlungsrückständen mit sinkendem Haushaltseinkommen zu: Von den Haushalten im untersten Einkommensquintil gaben in Deutschland 12% an, mindestens einmal mit Zahlungen im Verzug gewesen zu sein, in den übrigen EU-15-Ländern 15% und in den osteuropäischen EU-Ländern sogar 28%.

Neben dem Vorkommen von Zahlungsrückständen als einem Indikator für gravierende finanzielle Probleme eines Haushaltes geben auch Indikatoren der materiellen Deprivation Aufschluss über das Auskommen mit dem Einkommen und Defizite gegenüber dem allgemeinen Lebensstandard, die auf unzureichende finanzielle Ressourcen zurückzuführen sind. Mit diesem – ursprünglich durch den

Tabelle 1: Zahlungsrückstände in europäischen Privathaushalten – 2006 (in %)

	Deutschland		EU-15 ohne D		EU-Osteuropa	
	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil
Zahlungsrückstand bei:						
Strom, Wasser, etc.	5	8	5	10	13	26
Hypothek, Miete	2	4	4	7	2	5
Konsumentenkredit	2	3	2	4	3	5
Mindestens ein Zahlungsrückstand						
	7	12	8	15	15	28

Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

Tabelle 2: Deprivationen: Langlebige Gebrauchsgüter – Europa 2006 (in %)

	Deutschland		EU-15 ohne D		EU-Osteuropa	
	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil
Es können sich nicht leisten:						
Auto	8	17	6	14	23	36
Computer	7	13	7	14	21	14
Fernseher	1	2	0	1	1	4
Waschmaschine	1	2	1	3	3	8
Telefon	0	1	1	2	4	11
Mindestens eines dieser Güter	12	24	12	25	34	54

Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

britischen Armutsforscher Peter Townsend (1979) begründeten – Messansatz wird untersucht, ob sich die Haushalte bestimmte Ausgaben, Aktivitäten, Güter und Gebrauchsmittel, von denen angenommen wird, dass sie zum üblichen Lebensstandard gehören bzw. für ein „anständiges Leben“ und die Integration in die Gesellschaft als mehr oder minder notwendig erachtet werden, nach eigenen Angaben leisten können oder nicht.⁵ Indikatoren der materiellen Deprivation, die auch im Kontext des so genannten „Social Inclusion Process“ der europäischen Politik eine Rolle spielen, zielen letztlich darauf ab, Abweichungen von einem „minimally acceptable way of life“ zu bestimmen (Atkinson et al 2002; vgl. auch Whelan et al. 2008).

Betrachtet man zunächst eine Auswahl von langlebigen Gebrauchsgütern, die Telefon, Fernseher, Waschmaschine, Computer und Auto umfasst, so zeigt sich, dass in Deutschland nur eine kleine Minderheit der Haushalte nicht über diese mittlerweile zum allgemeinen Standard gehörenden Güter verfügt, weil sie es sich nicht leisten kann (Tabelle 2). Nennenswerte Anteile von Haushalten, die angeben, sich diese Güter nicht leisten zu können, finden sich lediglich beim Auto mit 8% und Computer mit 7%. Für die übrigen EU-15-Länder ergibt sich ein ähnliches Muster wie für Deutschland, wobei in den beiden einkommensschwächsten und zudem durch ein hohes Maß an Einkommensungleichheit gekennzeichneten südeuropäischen Ländern Portugal und Griechenland der Anteil der Haushalte, die sich mindestens eines der Güter nicht leisten können, mit 27 bzw. 23% erheblich größer ist als in Deutschland und im Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder. Auch für Irland und Finnland ist dieser Anteil mit 19 und 18% überraschend hoch. Am größten sind die Anteile der Haushalte, die sich die genannten Gebrauchsgüter nicht leisten können, erwartungsgemäß in den osteuropäischen Ländern. Während jedoch auch dort nahezu jeder Haushalt ein Telefon, eine Waschmaschine und einen Fernseher besitzt, gibt etwa jeder fünfte Haushalt in diesen Ländern an, sich kein Auto und keinen Computer leisten zu können.

Dass die so gemessene materielle Deprivation mit sinkendem Einkommen zunimmt, zeigt sich, wenn man den Blick auf die Haushalte richtet, die sich im untersten Einkommensquintil befinden: Von diesen einkommensschwachen Haushalten gibt in Deutschland und den übrigen EU-15-Ländern etwa jeder vierte an, sich mindestens eines der genannten Güter nicht leisten zu können, in den osteuropäischen Ländern gilt das sogar für mehr als jeden zweiten.

Das Niveau des materiellen Lebensstandards wird aber nicht nur durch den Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern bestimmt, sondern hängt z.B. auch von den Wohnverhältnissen⁶, der Qualität der Ernährung, der Möglichkeit der Risikoabsicherung sowie darüber hinaus auch davon ab, welche über das Notwendigste hinausgehenden Annehmlichkeiten man sich leisten kann.

Auch in den wohlhabenderen EU-Ländern materielle Deprivationen weit verbreitet

Die EU-SILC-Datengrundlage umfasst dementsprechend auch Informationen dazu, ob es sich die Haushalte leisten können, ihre Woh-

nung angemessen zu heizen, mindestens jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit (bzw. ein vegetarisches Äquivalent) zu haben, unerwartete Ausgaben zu bestreiten und mindestens eine Woche pro Jahr Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.⁷

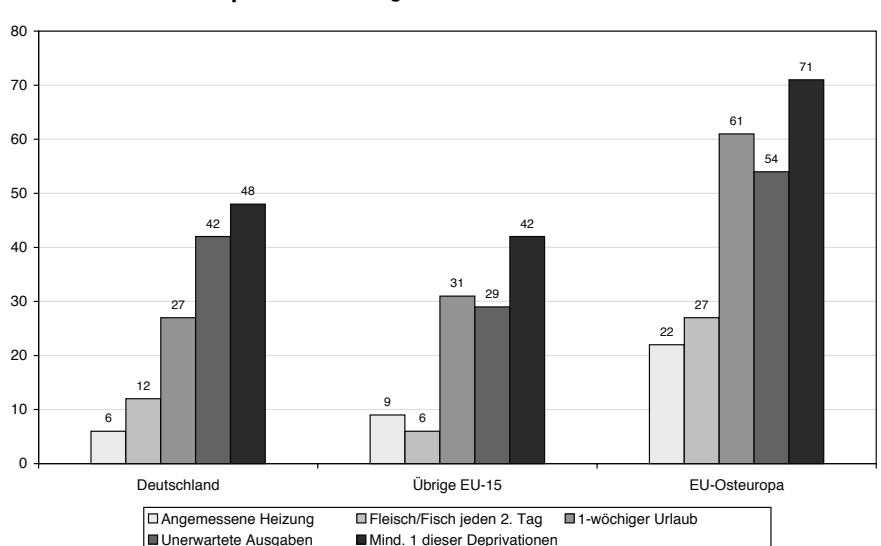
Die Ergebnisse sind mindestens insofern überraschend als sich zeigt, dass auch in den wohlhabenderen EU-Ländern materielle Deprivationen dieser Art bis in die Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind. In Deutschland gibt im Durchschnitt fast jeder zweite Haushalt an, sich mindestens eine der genannten Ausgaben nicht leisten zu können (Grafik 3), in den übrigen EU-15-Ländern sind es 42%. Ähnlich hohe Quoten wie in Deutschland ergeben sich für Spanien und Italien, während entsprechende Deprivationen in Ländern wie Luxemburg (21%), Schweden (24%) und den Niederlanden (30%) sehr viel seltener genannt werden. Unter den Haushalten im untersten Einkommensquintil steigt der Anteil derjenigen, die eine dieser Deprivationen berichten, in Deutschland sogar auf drei Viertel und in den übrigen EU-15-Ländern auf zwei Drittel aller Haushalte.

In den ärmeren osteuropäischen Ländern beläuft sich der Anteil der Haushalte, der von mindestens einer dieser materiellen Deprivationen betroffen ist, auf über 70% in der Gesamtbevölkerung und auf mehr als 90% im untersten Einkommensquintil.

Unerwartete Ausgaben für mehr als 40% der deutschen Haushalte große Hürde

In Deutschland stellt die angemessene Heizung der Wohnung offenbar nur für einen kleinen Teil der Haushalte ein Problem dar, aber der Anteil der Haushalte, die angeben, sich nicht mindestens jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit leisten zu können, ist mit 12% durchaus bemerkenswert und mehr als doppelt so hoch wie in den übrigen EU-15-Ländern. Angesichts der in Deutschland

Grafik 3: Materielle Deprivationen: Ausgewählte Lebensstandardmerkmale (in %)



Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

Tabelle 3: Subjektiv wahrgenommene finanzielle Belastungen (% „große Belastung“) – Europa 2006

	Deutschland		EU-15 ohne D		EU-Osteuropa	
	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil
Rückzahlung						
Konsumentenkredite	30	48	30	38	34	52
Wohnkosten	24	34	27	41	35	51

Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

traditionell hohen Sparquoten erscheint zudem überraschend, dass sich mehr als 40% (im untersten Einkommensquintil sogar 67%) der Haushalte, d.h. ein erheblich größerer Anteil als in den übrigen EU-15-Ländern, nicht in der Lage sehen, unerwartete Ausgaben (in Deutschland in Höhe von mindestens 830 Euro) zu bestreiten.⁸ Dass sie es sich nicht leisten können, einmal im Jahr einen mindestens einwöchigen Urlaub zu verbringen, trifft auf etwas mehr als ein Viertel der deutschen Haushalte zu; in den übrigen EU-15-Ländern gilt das für gut 30% und in den osteuropäischen EU-Ländern für ca. 60% aller Haushalte. Der vergleichsweise niedrige Lebensstandard in den osteuropäischen Ländern kommt nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, dass dort der Anteil der Haushalte, die es sich nicht leisten können ihre Wohnung adäquat zu heizen und mindestens jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit zu haben, mit ca. 25% (unterstes Einkommensquintil 34 bzw. 48%) viel höher ist als im übrigen Europa.

Eine weitere Möglichkeit das Auskommen mit dem Einkommen zu untersuchen, besteht darin, sich auf die subjektiven Perzeptionen und Bewertungen der Haushalte selbst zu stützen. Im Rahmen des EU-SILC werden dazu verschiedene subjektive Indikatoren verwendet, die sich auf die Wahrnehmung von finanziellen Belastungen sowie die Einschätzung beziehen, inwieweit das Haushaltseinkommen den jeweiligen Bedarf zu decken vermag.⁹ Subjektiv empfundene finanzielle Belastungen werden anhand einer dreistufigen Skala (keine – gewisse – große) im Hinblick auf die Wohnkosten sowie die Rückzahlung von Konsumentenkrediten gemessen. Dass diese Zahlungen große Belastungen darstellen, berichtet in Deutschland mit Bezug auf die Wohnkosten etwa jeder vierte Haushalt, und sogar nahezu jeder dritte empfindet die Rückzahlung von Konsumentenkrediten als große Belastung (Tabelle 3). Die entsprechenden Anteile steigen bei den einkommensschwachen Haushalten im untersten Quintil der Verteilung in Deutschland auf 34% (Wohnkosten) bzw. 48% (Konsumentenkredite). Im Vergleich zu den übrigen EU-15-Ländern werden die Wohnkosten in Deutschland im Allgemeinen seltener, die Rückzahlung von Konsumentenkrediten dagegen häufiger als große Belastung empfunden. Unter den EU-15-Ländern fallen Italien und Spanien mit weit über dem Durchschnitt liegenden Anteilen von sich finanziell belastet fühlenden Haushalten auf:

In beiden Ländern berichtet etwa jeder zweite Haushalt große Belastungen sowohl durch die Wohnkosten als auch bei der Rückzahlung von Krediten. In den osteuropäischen Ländern betrachtet jeweils etwa jeder dritte Haushalt – im untersten Einkommensquintil jeder zweite – die Wohnkosten und die Rückzahlung von Krediten als große Belastung.

Als ein ‚quasi-subjektiver‘ Indikator dafür, wie die Haushalte mit ihrem Einkommen auskommen, kann schließlich auch die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Haushaltseinkommen und einem von den Haushalten im Hinblick auf die Deckung ihres spezifischen Bedarfs als mindestens erforderlich erachteten Haushaltseinkommen, herangezogen werden.¹⁰ Die Beantwortung der Frage, ob und in welchem Umfang das tatsächliche Einkommen hinter dem subjektiv als mindestens erforderlich erachteten zurückbleibt, lässt Rückschlüsse darauf zu, wie gut oder schlecht die Haushalte nach eigener Beurteilung mit ihrem Einkommen „zurechtkommen“.

Jeder vierte deutsche Haushalt bezieht ein Einkommen, das nach eigener Einschätzung nicht ausreicht, um damit „gerade noch zurechtkommen“

Zieht man dafür zunächst den Anteil der Haushalte als Indikator heran, deren Haushaltseinkommen die für den eigenen Haushalt definierte Minimaleinkommensschwelle unterschreitet, zeigt sich, dass auch in den wohlhabenderen Ländern beachtliche Teile der Bevölkerung nicht oder nur schlecht mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtkommen. Für Deutschland ergibt sich ein Anteil von 27% aller Haushalte, deren tatsächliches Einkommen hinter dem von ihnen selbst definierten Mindesteinkommen zurückbleibt.¹¹ In den übrigen EU-15-Ländern beträgt der Anteil 34% und in den osteuropäischen Ländern 51% aller Haushalte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das von den Haushalten definierte Mindesteinkommen nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den Ländern mit steigendem Einkommensniveau und Lebensstandard zunimmt¹² und sich darin differentielle Anspruchsniveaus sowie darüber hinaus möglicherweise auch kulturell variable Lebensweisen manifestieren.

Die Antwort auf die Frage, wie gut oder schlecht die Haushalte mit ihrem Einkom-

men auskommen, hängt allerdings nicht nur von der Höhe des Anteils der Haushalte ab, deren faktisches Einkommen niedriger als das selbstdefinierte Minimum ist, sondern auch von der Größe der Diskrepanz bzw. dem Ausmaß des Einkommensdefizits. Für die betroffenen Haushalte beträgt die Lücke zu dem Einkommen, das nach eigener Einschätzung mindestens benötigt würde, nach unseren Berechnungen in Deutschland durchschnittlich 25% des tatsächlich erzielten Haushaltsäquivalenzeinkommens, in den übrigen EU-15-Ländern 33% und in den osteuropäischen Ländern 45%.

Die Zusammenschau der Ergebnisse zeigt, dass die neuen, osteuropäischen EU-Mitgliedsländer in ihrer Mehrzahl gegenwärtig im Durchschnitt noch erhebliche Wohlstandsrückstände gegenüber den EU-15-Ländern aufweisen. Der Rückstand der osteuropäischen Länder manifestiert sich nicht nur im Niveau der Haushaltseinkommen, sondern zeigt sich auch an den erheblichen Schwierigkeiten der Haushalte, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auszukommen. Dementsprechend groß sind die Anteile der Haushalte, die Zahlungsrückstände und materielle Deprivationen aufweisen sowie ein Einkommen beziehen, das hinter dem als mindestens erforderlich erachteten zurückbleibt. Allerdings stellt sich die Situation für die Bevölkerung in Slowenien und der Tschechischen Republik – als den beiden wirtschaftlich stärksten neuen Mitgliedsländern – teilweise bereits besser dar als in Portugal und Griechenland, den beiden Ländern mit dem niedrigsten Lebensstandard innerhalb der EU-15. Deutschland nimmt im europäischen Wohlstandsvergleich vielfach eine Position ein, die in etwa dem Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder entspricht und bleibt damit deutlich hinter der europäischen Spitze zurück, die – je nachdem welcher Indikator zugrunde gelegt wird – zumeist von Ländern wie Luxemburg, Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Österreich gebildet wird.

1 Vgl. dazu auch Alber/Lenarz 2008.

2 EU-SILC (Community Statistics on Income and Living Conditions) ist ein Instrument, das im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) jährlich vergleichbare Mikrodaten zu Einkommen und verschiedenen Aspekten der Lebensbedingungen für die Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie einige weitere europäische Länder bereitstellt. Die Erhebung wurde 2004 in ausgewählten Ländern begonnen und sukzessive ausgedehnt. Grundgesamtheit sind die Privathaushalte der Mitgliedsländer sowie alle Personen, die zum Befragungszeitpunkt in den Haushalten leben. Die Gesamtstichprobe umfasst mehr als 200.000 Haushalte. In den einzelnen EU-Ländern liegt die Stichprobengröße in der Erhebung von 2006 zwischen ca. 3.600 und 21.000 Haushalten; für Deutschland umfasst die Stichprobe in der Erhebung von 2006 13.799 Haushalte.

- 3 Bulgarien und Rumänien waren an den EU-SILC-Erhebungen des Jahres 2006 noch nicht beteiligt; die Daten für Malta liegen in dem verwendeten Datensatz nicht vor, und Zypern bleibt aufgrund von Unplausibilitäten bei einigen für unsere Analysen zentralen Variablen unberücksichtigt. Für die 23 berücksichtigten Länder wird im Folgenden der Einfachheit halber auch die Bezeichnung „EU-23“ verwendet.
- 4 Die Haushaltseinkommen werden zunächst in Kaufkraftstandards (EU-27; 2005) umgerechnet. Für die Äquivalenzgewichtung wird die sogenannte modifizierte OECD-Skala verwendet, die folgende Gewichte vorsieht: Erste Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
- 5 Materielle Deprivation wird aus dieser Perspektive verstanden als „enforced lack of ... items depicting material living conditions, such as housing conditions, possession of durables and capacity to afford basic requirements“ (Guio 2009).
- 6 Für einen europäischen Vergleich der Wohnverhältnisse vgl. Noll/Weick 2009.
- 7 Im Rahmen des Special Eurobarometer 279 (Wave 67.1, 2007) zum Thema „Poverty and Exclusion“ wurde untersucht, inwiefern es aus der Sicht der Bevölkerung im Hinblick auf ein anständiges Leben (decent standard of living) als notwendig erachtet wird, sich die hier genannten (und andere) Ausgaben leisten zu können. Die Antwortskala reicht von „absolut notwendig, niemand sollte ohne auskommen müssen“, über „notwendig“, „wünschenswert, aber nicht notwendig“ bis „überhaupt nicht notwendig“. Für Deutschland ergeben sich die folgenden Anteile der Befragten für die Antwortkategorien „absolut notwendig“ bzw. „notwendig“: Angemessene Heizung der Wohnung = 98%; unerwartete Ausgaben bestreiten zu können = 67%; Fleisch-/Fischmahlzeit mindestens jeden zweiten Tag = 63%; 1-wöchiger Urlaub = 27% (eigene Berechnungen).
- 8 Die vorgegebene Höhe der Ausgaben variiert von Land zu Land und entspricht 60% des Medians der jeweiligen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen.
- 9 Mit der in der EU-SILC-Erhebung enthaltenen Frage „Wie kommt Ihr Haushalt mit dem monatlichen Einkommen zurecht?“ wird das Auskommen mit dem Einkommen unmittelbar angesprochen. Es handelt sich dabei um ein Erhebungsinstrument („make ends meet“), das vor allem im angelsächsischen Raum verbreitet ist. Bedauerlicherweise weichen die Frageformulierungen, die in der deutschen Erhebung verwendet wurden und die sich zudem 2005 und 2006 unterscheiden, so stark von der englischsprachigen Formulierung ab, dass uns die diesbezüglichen Daten für vergleichende Analysen ungeeignet erscheinen.
- 10 Die diesbezügliche Frageformulierung lautet: „Denken Sie bitte an Ihre derzeitige Haushaltssituation insgesamt. Was ist Ihrer Meinung nach das geringste monatliche

Nettoeinkommen, das der Haushalt benötigt, um finanziell zurechtzukommen?“ Für den Vergleich mit dem tatsächlichen Haushaltseinkommen wurden die ermittelten Werte äquivalenzgewichtet und in Jahreseinkommen umgerechnet.

- 11 Das Haushaltsäquivalenzeinkommen dieser Haushalte erreicht in Deutschland 66% des nationalen Medianeinkommens und liegt damit knapp über der Armutsschwelle. Das von diesen Haushalten als mindestens erforderlich erachtete Einkommen liegt bei 86% des Medians.

- 12 Weitergehende Analysen zeigen, dass die Höhe des genannten Mindesteinkommens, neben der Höhe des tatsächlichen Einkommens, das vor allem das Anspruchsniveau bestimmt, insbesondere auch von Bedarfsfaktoren beeinflusst wird.

Alber, Jens, Lenarz, Philipp, 2008: Wachsende soziale Ungleichheit in Europa – Die Lebensqualität unterer Einkommenschichten in der erweiterten Europäischen Union. Informationsdienst Soziale Indikatoren 39: 1-5.

Atkinson, Tony, et al., 2002 : Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford.

Guio, Anne-Catherine, 2009: What can be learned from deprivation indicators in Europe? Paper presented at the Indicator Subgroup of the Social Protection Committee. IWEPS, Namur. <http://statistiques.wallonie.be/dyn/14/fichiers/deprfina664.pdf>

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2009: Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete. Analysen zur Wohnsituation und Wohnqualität im europäischen Vergleich. Informationsdienst Soziale Indikatoren 41: 1-7.

Townsend, Peter, 1979: Poverty in the United Kingdom. Harmondsworth.

Whelan, Christopher T., Nolan, Brian, Maitre, Bertrand, 2008: Measuring Material Deprivation in the Enlarged EU. ESRI Working Paper No. 249, Dublin.

■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

„Social Reporting in Europe: Different Ways of Adding Meaning to Numbers“

4. Konferenz zur europäischen Sozialberichterstattung

Vom 22.-24. März 2009 fand die vierte Konferenz „Social Reporting in Europe“ in dem Deutsch-Italienischen Zentrum „Villa Vigoni“ statt. Die diesjährige Tagung – mit Teilnehmern aus acht europäischen Ländern – beschäftigte sich mit dem Thema „Different Ways of Adding Meaning to Numbers“, also der Interpretation von statistischen Daten als Prozess der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit: Wie werden statistische Daten und Parameter in „Narratives“ transformiert, welche Bezugsrahmen werden dabei angelegt und welche Bewertungen auf welcher Grundlage vorgenommen?

Diese Frage stellt sich in besonderer Weise auch für die Sozialberichterstattung, die mit dem Ziel, Zustand und Wandel von Gesellschaften auf einer repräsentativen empirisch-statistischen Datengrundlage zu beobachten und zu untersuchen, – anders als reine statistische Kompendien – neben den statistischen Daten auch Analysen und Interpretationen umfasst. Die Beiträge zu der Tagung haben aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, wie sich die Problematik z.B. aus der Sicht der amtlichen Statistik, der wissenschaftlichen oder politikgetriebenen Sozialberichterstattung stellt, wie damit in

den verschiedenen nationalen und supranationalen Social Reports umgegangen wird und welche Lösungen bevorzugt werden.

Ein zweiter Teil der Tagung diente dem Erfahrungsaustausch unter den Akteuren der Sozialberichterstattung in verschiedenen europäischen Ländern und der EU-Kommission. Dazu wurden neue Ergebnisse und aktuelle Aktivitäten der nationalen und europäisch vergleichenden Sozialberichterstattung mit dem Ziel der gegenseitigen Information und des gegenseitigen Lernens vorgestellt und diskutiert. Erstmals wurde in diesem Rahmen auch der neue spanische Report „Barometro Social de España“ präsentiert.

Die Tagung wurde erneut von Heinz-Herbert Noll (GESIS, Mannheim) und Carla Collicelli (Censis, Rom) in enger Zusammenarbeit mit der Villa Vigoni organisiert. Das Veranstaltungsprogramm und die Mehrzahl der Präsentationen sind über die Website des Zentrums für Sozialindikatorenforschung zugänglich: <http://www.gesis.org/soziale-indikatoren/>

■ Heinz-Herbert Noll, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241
heinz-herbert.noll@gesis.org